

Auch argumentierte die StA Münster, dass es im Unterschied zu jüngeren Entscheidungen zur Mittäterschaft in NS-Konzentrationslagern nicht die vordringliche oder gar einzige Aufgabe der Colonos gewesen sei, gemeinsam mit der DINA Tötungsverbrechen zu begehen. Auch hätten die Tötungen in der CD im Verborgenen, außerhalb der eigentlichen Siedlung und zur Nachtzeit stattgefunden. Die Einlassung des Beschuldigten, er habe von Tötungen nichts gewusst, lasse sich daher allein aus den äußeren Umständen der Geschehnisse nicht widerlegen. Direkte Kontakte mit der DINA hätten sich auf die führenden Vertreter der CD beschränkt, zu denen Döring aber nicht gezählt habe. So habe Döring angegeben, dass er selbst von Schäfer missbraucht worden und in der CD lediglich als Baggerführer tätig war. Dies spreche gegen eine Führungsmitgliedschaft Dörings, so die StA.⁵⁸²

Das ECCHR kritisierte die Einstellung des Verfahrens scharf.⁵⁸³ So seien benannte Zeug_innen nicht vernommen worden. Die deutsche Justiz müsse sich fragen, wie es sein könne, dass die Täter der CD über Jahrzehnte unbehelligt in Deutschland leben konnten.

5.4 Der Fall Colonia Dignidad im Deutschen Bundestag

Als Legislative setzt der Deutsche Bundestag die gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik. Dabei ist seine Einflussnahme auf die unmittelbare Gestaltung der Menschenrechtspolitik »angesichts der klassischen Kompetenzverteilung im parlamentarischen Regierungssystem relativ gering, aber durchaus gegeben.«⁵⁸⁴ Neben Gesetzesinitiativen kann sie darin bestehen, dass Abgeordnete Vorgänge innerhalb oder außerhalb des Parlaments öffentlich thematisieren, beispielsweise durch Presseerklärungen, Anhörungen oder Delegationsreisen. Zudem besitzt der Bundestag zur parlamentarischen Kontrolle des Regierungshandelns sogenannte Interpellationsrechte, wie Fragestunden, schriftliche Fragen oder Kleine bzw. Große Anfragen an die Bundesregierung. Der Bundestag hat auch schon Untersuchungsausschüsse mit Bezug zu internationalen Menschenrechtsfragen eingesetzt.⁵⁸⁵

Der Fall CD war für den Bundestag lange Zeit ein randständiges Thema, das nur vereinzelt aufgegriffen wurde, meist in Phasen hoher medialer Aufmerksamkeit aufgrund besonderer Ereignisse (vgl. Tabelle 1, Abschnitt 2.2.2). Vielfach handelte es sich

582 Ebd., S. 4.

583 European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR). Pressemitteilung vom 22.01.2019. »Colonia Dignidad: Deutsche Justiz bleibt untätig«, online unter <https://www.ecchr.eu/nc/pressemitteilung/colonia-dignidad-deutsche-justiz-bleibt-untaetig/>.

584 Voß, Silke, *Parlamentarische Menschenrechtspolitik. Die Behandlung internationaler Menschenrechtsfragen im Deutschen Bundestag unter besonderer Berücksichtigung des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (1972-1998)*, Düsseldorf 2000, S. 267.

585 So beispielsweise zur Lieferung von U-Boot-Bauplänen an das Apartheidsregime in Südafrika (1986-1990) oder zur Rolle der Bundesregierung nach dem Luftangriff der Bundeswehr in Kunduz, Afghanistan (2009).

um Fragen oder Kleine Anfragen, größere Aktivitäten wie eine Anhörung 1988 sowie zwei Entschließungsanträge 2002 und 2017 waren äußerst selten.

Die erste dokumentierte Beschäftigung von Bundestagsabgeordneten mit dem Fall CD sind zwei Schreiben von 1966, wenige Monate nach Wolfgang Müllers Flucht aus der CD, die auch hierzulande große mediale Beachtung fand (vgl. Abschnitte 4.1.2 und 4.1.3). Die Abgeordnete Annemarie Griesinger (CDU) schrieb am 7. November an Außenminister Gerhard Schröder, »Wie auch in anderen Orten haben sich in meiner Heimat die Fragen gemehrt, wie es wohl in der deutschen Kolonie Dignidad bei Santiago de Chile zugehen mag.«⁵⁸⁶ Sie fragte nach Angehörigen einer besorgten Bürgerin aus ihrem Wahlkreis und bat um »Prüfung der Verhältnisse« in der CD.⁵⁸⁷ Nach dem Wechsel an der Spitze des Bundesaußenministeriums antwortete Willy Brandt der Abgeordneten Griesinger am 6. Dezember 1966. Er berichtete, dass die chilenische Justiz inzwischen einen Sonderrichter eingesetzt habe, um die Verhältnisse in der CD zu untersuchen. Das AA habe daher Bedenken gegen die Entsendung eines Botschaftsmitarbeiters in die CD. Da die Ermittlungen des Richters »zur Zeit noch nicht abgeschlossen sind, könnte ein solcher Schritt die Botschaft dem Vorwurf aussetzen, sich in ein schwebendes Verfahren einzumischen.«⁵⁸⁸ Die Botschaft habe jedoch bereits in mehreren Fällen Schreiben von Angehörigen an den chilenischen Sonderrichter weitergeleitet, mit der Bitte sie den betreffenden Colonos unter vier Augen vorzulegen. Das AA riet der Abgeordneten, im Falle der Bürgerin ihres Wahlkreises ähnlich zu verfahren.

Im selben Monat richtete Alfred Guhl aus Hamburg eine Petition an den Bundestag mit dem Betreff »Das Deutsche Ansehen im Ausland gefährdet«.⁵⁸⁹ Er bat den Petitionsausschuss, die Bundesregierung darum zu ersuchen, »endlich alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Urheber der gesamten Misere, Paul Schäfer, alias Paul Schneider, schnellstmöglich der deutschen Gerichtsbarkeit zuzuführen!«⁵⁹⁰ Ferner sollte die Bundesregierung ein Disziplinarverfahren gegen die zuständigen Beamten der Botschaft Santiago einleiten, da Botschafter von Nostiz die »rein deutsche Strafrechtsangelegenheit ›Dignidad‹ und Müller in die Hände der chilenischen Justiz übergeben hat«. Weiterhin habe die Botschaft nichts dazu beigetragen, »der chilenischen Justiz sodann zu helfen die Verbrechen in ›Dignidad‹ aufzuklären, bzw. Menschen, die in ›Dignidad‹ noch heute festgehalten werden zur Freiheit zu verhelfen.«⁵⁹¹ Ob und gegebenenfalls wie sich der Petitionsausschuss zu dieser Eingabe verhalten hat, ist mir nicht bekannt.

Es gab aufklärerische Interventionen einzelner Abgeordneter – meist auf Anregung entweder von Angehörigen oder von Menschenrechtsaktivist_innen, die direkt an die Abgeordneten herangetreten waren. Anfragen zu einzelnen Colonos leiteten Abgeordnete meist per Privatdienstschreiben ans AA oder das Bundeskanzleramt weiter. Meh-

586 PA AA, B 85, Bd. 540. Schreiben Griesinger, MdB an Bundesaußenminister Schröder vom 07.11.1966.

587 Ebd.

588 PA AA, B 85, Bd. 540. Bundesaußenminister Brandt an Griesinger (MdB) vom 06.12.1966. Durchschlag als Reinkonzept. Abgesandt am 07.12.1966.

589 PA AA, B 85, Bd. 540. Schreiben Ing. Alfred Guhl an den Petitionsausschuss vom 19.11.1966.

590 Ebd.

591 Ebd.

rere Abgeordnete stellten Fragen oder Kleine Anfragen zu den Erkenntnissen der Bundesregierung zu bestimmten Vorgängen in und um die CD. Ab den 1980er Jahren entstanden viele schriftliche Fragen und Kleine Anfragen unter Mitwirkung oder gar auf Initiative von Dieter Maier (seit 1988) und wenigen weiteren Aufklärer_innen.

Nur wenige Abgeordnete verfolgten den Fall CD über längere Zeit und setzten besondere aufklärerische Akzente. Einer von ihnen war Ernst Waltemathe (SPD), der sich seit 1977 und bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 1994 intensiv für eine Aufklärung des Falls CD einsetzte. Er engagierte sich für einzelne Opfer, traf CD-Aussteiger_innen und thematisierte den Fall CD bei mehreren Delegationsreisen nach Chile. Waltemathe führte einen intensiven Schriftverkehr mit dem AA, übersandte diesem Dokumente und stellte kritische Fragen. Im April 1977 organisierte und leitete er eine Anhörung zum Fall CD im Bonner Bundeshaus.⁵⁹² 1978 versuchte er gemeinsam mit seinem Fraktionskollegen Hajo Hoffmann die CD zu besuchen, wurde jedoch nicht eingelassen.⁵⁹³ 1988 sagte Waltemathe als Zeuge im Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Bonn aus.⁵⁹⁴ Seine Mitarbeiterin Wendy Tyndale reiste nach Chile, um Informationen zum Fall CD zu sammeln. Sie hielt engen Kontakt zu AI sowie zu anderen Menschenrechtsorganisationen. Waltemathes Nachlass, der auch mehrere Aktenordner zur CD enthält, ist Teil des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD). Der Abgeordnete Lothar Mark (SPD) thematisierte den Fall CD zwischen 1998 und 2009 regelmäßig, auch in seiner Funktion als Lateinamerikabeauftragter der SPD-Fraktion. Er hielt Kontakt zu Opfergruppen und wandte sich wiederholt mit Anliegen an die Bundesregierung. Sein größter politischer Erfolg auf diesem Gebiet war der erste Beschluss des Bundestages zum Fall CD 2002 (vgl. Abschnitt 5.4.2). Im September 2005, wenige Monate nach Schäfers Festnahme, tagte auf Initiative von Mark ein »Runder Tisch Ex-Colonia Dignidad« im Bundestag. An diesem nahmen neben Ministerialvertreter_innen auch Betroffenenvertreter_innen und Menschenrechtsaktivist_innen teil.⁵⁹⁵ Unmittelbare Ergebnisse sind mir nicht bekannt. Auch einzelne Abgeordnete der Grünen (insbesondere Hans-Christian Ströbele und Ludger Volmer, später Staatsminister im AA) und der PDS bzw. Linkspartei (insbesondere Ulla Jelpke und Jan Korte) arbeiteten seit Ende der 1980er Jahre mit Menschenrechtsaktivist_innen zusammen und formulierten zahlreiche Fragen oder Kleine Anfragen zum Fall CD.

Der Großteil der parlamentarischen Interventionen zielte auf eine Aufklärung der Vorwürfe gegen die CD. Diese kamen zum weit überwiegenden Teil von Abgeordneten der SPD, der Grünen und der PDS/Linken. Es gab jedoch auch einzelne Abgeordnete, die die CD unterstützten. Der Grund hierfür dürften zum einen grundsätzliche

592 Die Anhörung fand am 22.04.1977 statt und wurde in enger Abstimmung mit AI organisiert. Teilnehmer_innen waren die SPD-Abgeordneten Däubler-Gmelin, Erler, Heyenn, Marschall, Hansen, Steger, Kuhlwein und Waltemathe. Angehört wurden Jürgen Karwelat, Dieter Maier, Helmut Frenz (alle AI), Pastor Bauz aus Siegburg, Hans-Günter Matthusen, Wolfgang Kneese, Adriana Bórquez, Erick Zott sowie eine Gruppe Studierender aus Siegen, die zum Fall Wolfgang Müller Altevoigt berichtete. Vgl. PJS, Sammlung CD. Protokollarische Mitschrift »Hearing in Bonn mit Bundestagsabgeordneten«, 22.04.1977.

593 PA AA, AV NA 31580. Ernst Waltemathe: Abschrift des Reisetagebuchs vom 11.12.1978.

594 StA Bonn, AZ 50 Js 285/85, Bd. VI, Bl. 200ff. Vernehmung Ernst Waltemathe vom 16.06.1988.

595 PJS, Sammlung Lothar Mark. Protokoll Runder Tisch Ex-Colonia Dignidad vom 07.09.2005.

Sympathien für die ihrer Außendarstellung nach wohlthätige und streng konservative christliche Siedlung von Deutschen in Südamerika sein, und zum anderen die beständige Lobbyarbeit der CD bei konservativen Abgeordneten. Es gab diverse Verbindungen oder zumindest eine gewisse Nähe zwischen konservativen Politiker_innen und der CD. Adolf Herkenrath (CDU) beispielsweise, von 1964 bis 1989 Bürgermeister von Siegburg und von 1980 bis 1994 Bundestagsabgeordneter, verteidigte die CD jahrzehntelang öffentlich und besuchte sie sogar.⁵⁹⁶ Ein Beispiel dafür, dass die Kontakte der CD sogar bis in hohe Kreise von CDU und CSU reichten, ist ein Vorgang aus dem Jahr 1987: Friedrich Bohl, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und später langjähriger Chef des Bundeskanzleramts, bat am 15. Oktober StM Helmut Schäfer im AA um einen Sachstandsbericht bezüglich einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dieter Haller, den RK-Referenten der Botschaft. Diese Beschwerde hatte die CD am 20. August 1987 gestellt.⁵⁹⁷ Bohls Anfrage ist insofern als Unterstützung für die CD zu verstehen. Vermutlich kam sie auf Bitten CD-unterstützender Kreise innerhalb der Union zustande. Bekannt wurde das Schreiben durch einen Artikel im Spiegel.⁵⁹⁸ Bohl machte StM Helmut Schäfer für die Veröffentlichung verantwortlich und beschwerte sich bei diesem über den vermeintlichen Vertrauensbruch. Bohl schrieb: »Für den offensichtlich im Bereich des Adressaten mitlesenden Spiegel-Informanten: ich kenne Herrn Paul Schäfer nicht, geschweige denn habe ich etwas mit ihm zu tun.«⁵⁹⁹ StM Schäfer entschuldigte sich daraufhin bei Bohl, nahm jedoch Haller gegen die Vorwürfe der CD in Schutz.⁶⁰⁰

Tabelle 15 in Abschnitt 5.4.4 listet alle mir bekannten in offiziellen Dokumenten (Bundestagsdrucksachen oder Plenarprotokollen) erfassten Aktivitäten des Bundestages zum Fall CD auf. Nicht erfasst sind darin Initiativen einzelner Abgeordneter, wie Schreiben an die Bundesregierung, Anhörungen oder sonstige Veranstaltungen in Räumlichkeiten des Bundestags, sowie die Beschäftigung mit dem Fall CD in fraktionsinternen Arbeitsgruppen. Auch die Thematisierung der CD in den diversen Ausschüssen des Bundestages ist nicht erfasst. Diese können zwar im Parlamentsarchiv eingesehen werden, unterliegen jedoch teilweise Zugangsbeschränkungen.⁶⁰¹ Bei einigen Ausschüssen, etwa beim Rechtsausschuss oder beim Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe können die Protokolle in der Regel ab der darauffolgenden Legislaturperiode eingesehen werden – sofern keine Einstufung als Verschlussache

596 1997 wurde Herkenrath in einem Interview gefragt, ob er schon einmal die CD besucht habe. Er antwortete: »Ja, ich bin von der Botschaft angemeldet worden. Mir wurde wohl das Besuchsprogramm der Siedlung mit Krankenhaus und Vorführungen geboten. Ich war beeindruckt von der Landwirtschaft. Man konnte sich mit den Leuten unterhalten. Sie hatten aus der Wüste ein fruchtbares Land gemacht und waren genauso fröhlich wie die Menschen hier.« Kölner Stadtanzeiger. Sonderdruck »Kolonie der Qualen«, August/September 1997, S. 24. Mit »den Menschen hier« meint Herkenrath die Vertreter_innen der PSM in Siegburg.

597 PA AA, AV NA 31593. Schreiben Bohl, MdB an StM Schäfer vom 15.10.1987, GZ 0603W/9/H.

598 Der Spiegel Nr. 49/87 vom 30.11.1987, S. 32. »Metropolis und Theresienstadt«.

599 PA AA, AV NA 31593. Schreiben Bohl, MdB an StM Schäfer vom 02.12.87, GZ 0606W/4/H.

600 PA AA, AV NA 31593. Schreiben StM Schäfer an Bohl, MdB vom 01.02.1988, GZ StM, 194/88.

601 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GO-BT), Anhang 2 – Richtlinien für die Behandlung der Ausschussprotokolle gemäß § 73 III GO-BT.

vorliegt. Bei anderen Ausschüssen, etwa beim Auswärtigen Ausschuss, sind die Protokolle hingegen vollständig gesperrt und dadurch erst nach 30 Jahren einsehbar. Silke Voß schreibt hierzu:

»Die aus der Unzugänglichkeit der Sitzungsprotokolle des Auswärtigen Ausschusses für die Wissenschaft resultierende schwierige Quellenlage ermöglicht also hier keine präzise Bewertung seiner tatsächlichen Einflussnahme auf die Außenpolitik der Bundesregierung. In weitgehender Übereinstimmung kommen bisherige Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß die parlamentarischen Einflußmöglichkeiten auch durch den Auswärtigen Ausschuss eher gering sind.«⁶⁰²

Im Folgenden stelle ich zunächst die drei wichtigsten Aktivitäten des Bundestages zur CD dar: Die Anhörung im Unterausschuss für Menschenrechte 1988 (5.4.1), den Entschließungsantrag von 2002 (5.4.2) sowie den Entschließungsantrag von 2017 (5.4.3). Im Anschluss daran werden die weiteren Aktivitäten des Parlaments in Sachen CD dargestellt (5.4.4).

5.4.1 Anhörung im Unterausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe 1988

Die am 22. Februar 1988 vom Unterausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe durchgeführte öffentliche Anhörung zum Thema »Befinden sich deutsche Staatsangehörige unfreiwillig und unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen in der Colonia Dignidad in Chile?« war ein herausragendes Ereignis in der bundesdeutschen Beschäftigung mit der CD.⁶⁰³ Es war die erste öffentliche Anhörung des Unterausschusses, der sich im Juni 1987 konstituiert hatte.⁶⁰⁴ Der Vorsitzende Friedrich Vogel (CDU) machte zu Beginn der Anhörung deutlich, dass es sich nicht um einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss⁶⁰⁵ handelte. Das bedeutete u.a., dass sämtliche Teilnehmer_innen freiwillig erschienen und aussagten.

Neben den parlamentarischen Mitgliedern des Unterausschusses nahmen Vertreter_innen des AA, des BMI, des Bundespräsidialamtes und des Bundesrates teil. Die Liste der Sachverständigen bzw. Auskunftspersonen liest sich wie ein »Who-is-Who« des Falls CD: Auf Seiten der CD und ihrer Unterstützer_innen erschienen Hartmut Hopp, Wolfgang Vogelsang (CSU) und der Fabrikant Friedrich Peymann. Als Kritiker_innen der CD waren die geflohenen Colonos Wolfgang Kneese, Hugo Baar sowie Lotti und

602 Voß, *Parlamentarische Menschenrechtspolitik*, S. 87.

603 PA-DBT 3127, 712 – UA 2 – 2451. Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe vom 22.02.1988, auch online unter <http://coloniadignidad-prot.blogspot.com/>.

604 Der Ausschuss war dem Auswärtigen Ausschuss untergeordnet. Erst 1998 wurde ein eigenständiger Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe geschaffen. Vgl. Voß, *Parlamentarische Menschenrechtspolitik*, S. 100.

605 Parlamentarische Untersuchungsausschüsse verfügen über eine Reihe besonderer Rechte, die in Artikel 44 GG formuliert sind. Dazu gehört die Beweiserhebung nach Regeln der Strafprozessordnung. Gerichte und Verwaltungsbehörden sind zur Rechts- und Amtshilfe für Bundestags-Untersuchungsausschüsse verpflichtet.

Georg Packmor anwesend. Diese trugen ihre bereits 1985 formulierten Darstellungen der menschenrechtswidrigen Verhältnisse in der CD detailliert vor. Außerdem ergriffen das Wort gegen die CD: der Journalist Gero Gemballa, Helmut Frenz, langjähriger Generalsekretär von Amnesty International, und Günter Bohnau, ein Angehöriger mehrerer Colonos. Lothar Bossle, Würzburger Professor und langjähriger Unterstützer der CD, plädierte für eine »Herauslösung von Herrn Schäfer« aus der CD,⁶⁰⁶ d.h. konkret für ein Auslieferungsersuchen und eine Verurteilung Schäfers durch ein Gericht in der Bundesrepublik. Erich Strätling und Hermann Holzheimer, ehemalige Botschafter in Chile, erschienen trotz Einladung nicht. Strätling begründete sein Fernbleiben damit, dass der Abgeordnete Freimut Duve (SPD) ihn der Komplizenschaft mit Schäfer beschuldigt habe.⁶⁰⁷ Holzheimer entschuldigte sich, er könne aus eigener Sachkenntnis keine Angaben zur CD machen.⁶⁰⁸

Hopp versuchte als Vertreter der CD eine 26-seitige Stellungnahme vorzutragen, wurde dabei aber immer wieder durch emotionale Zwischenrufe von Wolfgang Kneese und anderen unterbrochen. Hopp behauptete, dass sich alle Colonos freiwillig in der CD aufhielten und sämtliche Anschuldigungen gegen die CD Teil einer Verleumdungskampagne seien. Als Hopp den Anwesenden Hugo Baar seiner angeblichen Alkohol- und Drogenabhängigkeit sowie eines außerehelichen Verhältnisses mit der ebenfalls anwesenden Lotti Packmor bezichtigte, unterbrach der Vorsitzende Vogel ihn.⁶⁰⁹ Schließlich beendete Vogel Hopps Vortrag, weil dieser zu lange dauerte. Hopp übergab seine Stellungnahme daraufhin in schriftlicher Form dem Unterausschuss, zusammen mit einem 250 Seiten starken Anhang.⁶¹⁰ Der Anhang enthielt Gerichtsurteile⁶¹¹ und Berichte von Untersuchungsausschüssen⁶¹², die die CD entlastet hatten; ausführliche Statistiken über die vermeintlich soziale Arbeit des CD-Krankenhauses sowie von diversen Colonos unterzeichnete, verleumderische Berichte über Hugo Baar sowie Lotti und Georg Packmor. Die Frage des Vorsitzenden, ob eine Kommission des AA die CD besichtigen

606 PA-DBT 3127, 712 – UA 2 – 2451. Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe vom 22.02.1988. S. 10/90 sowie S. 10/151.

607 StA Bonn, AZ 50 Js 285/85, Bd. II, Bl. 18. Verfügung StA Gawlik vom 23.02.1988 über Anhörung im Bundestag am Vortag. Strätling reichte sogar beim LG Bonn eine einstweilige Verfügung ein, um Duve folgende Äußerungen zu untersagen: 1. Strätling habe sich als ehemaliger Botschafter der BRD in Chile häufig schützend vor die CD gestellt; 2. Strätling habe dem deutschen Freundeskreis der CD angehört oder gehöre diesem noch an; 3. Strätling habe möglicherweise schwere kriminelle Handlungen gedeckt oder indirekt unterstützt. Das LG Bonn wies Strätlings Antrag auf einstweilige Verfügung am 24.03.1988 zurück. Vgl. PJS, Sammlung CD. LG Bonn, AZ 7 O 92/88, Anlage zum Verkündungsprotokoll vom 24.03.1988.

608 PA-DBT 3127, 712 – UA 2 – 2451. Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe vom 22.02.1988, S. 10/3.

609 Ebd., S. 10/2f.

610 StA Bonn, AZ 50 JS 285/85, Bd. III, Bl. 164ff. Schreiben RA Gatzweiler an StA vom 18.03.1988 mit Stellungnahme Hopp vom 22.02.1988 und Anlagen.

611 U. a. das Urteil gegen Wolfgang Kneese wegen Verleumdung 1967, vgl. Abschnitt 5.1.1.

612 U. a. den Bericht des Untersuchungsausschusses der Cámara de Diputados von 1968, vgl. Abschnitt 5.2.2.

könne, beantwortete Hopp knapp mit »Nein«. Er beantwortete auch keine Fragen der Mitglieder des Unterausschusses.⁶¹³

Die Anhörung fand sowohl in Deutschland als auch in Chile ein großes Medien-echo. Darüber hinaus beeinflusste sie die strafrechtlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bonn (vgl. Abschnitt 5.3.4). Ulrich Gawlik, der ermittelnde Staatsanwalt, war bei der Anhörung anwesend und gab am nächsten Tage einen 17-seitigen Vermerk zu den Akten.⁶¹⁴ Noch am selben Tage wurde das Ermittlungsverfahren, das bislang nur Schäfer als Beschuldigten geführt hatte, auf Hartmut Hopp, Gisela Seewald und Hugo Baar ausgeweitet.⁶¹⁵ In den folgenden Wochen vernahm die Staatsanwaltschaft fast alle Auskunftspersonen der Anhörung. Hopp war für den 25. Februar 1988 als Beschuldigter vorgeladen, reiste jedoch zuvor eilig nach Chile und ließ über seinen Anwalt erklären, seine Großmutter in der CD sei erkrankt.⁶¹⁶

Das Unterlassen einer Vernehmung von Hopp durch die StA Bonn war daraufhin Thema im Rechtsausschuss des Bundestages. Am 2. März 1988 unterrichtete die Bundesregierung den Rechtsausschuss über den Sachstand zur CD und fügte dazu den schriftlichen Bericht des nordrhein-westfälischen Justizministers an:

»Anlaß zu Maßnahmen, die ein Verbleiben des Herrn Dr. Hopp in der Bundesrepublik Deutschland hätte gewährleisten können, hatte die Staatsanwaltschaft Bonn nach dem Stand des Ermittlungsverfahrens nicht. Der Verfahrensstand erlaubt auch keine Beurteilung, ob die Erhebung einer Anklage gegen den Beschuldigten Schäfer oder andere Mitglieder der CD in Betracht kommt.«⁶¹⁷

Der Abgeordnete Burkhard Hirsch (FDP) bezeichnete diese Erklärung als »eine der törichtsten Erklärungen, die er in dieser Sache bisher gehört habe«.⁶¹⁸ Es sei schon seit Langem erörtert worden, dass Hopp als Mittäter in Betracht komme und deshalb hätte vernommen werden müssen. Der bei der Rechtsausschusssitzung anwesende Vertreter des BMJ, Jürgen Schnigula, erklärte daraufhin »[s]eines Wissens sei eine Art stillschweigende Übereinkunft der Art getroffen worden, daß Herrn Hopp im Gegenzug für die Bereitschaft, als Zeuge [bei der Bundestagsanhörung, JS] auszusagen, die Ausreise aus der Bundesrepublik zugesagt worden sei.«⁶¹⁹ Diese Aussage stand im Widerspruch zu den in den Ermittlungsakten dargelegten Versuchen der Staatsanwaltschaft, Hopp vorzuladen. Sollte diese »stillschweigende Übereinkunft« tatsächlich getroffen worden sein, so stellte sie eine amtliche Zusicherung Hopp gegenüber dar, dass er sich einer

613 PA-DBT 3127, 712 – UA 2 – 2451, Stenographisches Protokoll der 10. Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses vom 22.02.1988, S. 10/106f.

614 StA Bonn, AZ 50 Js 285/85, Bd. II, Bl. 17ff. Vfg. StA Gawlik vom 23.02.1988 über die Anhörung im Bundestag vom Vortag.

615 StA Bonn, AZ 50 Js 285/85, Bd. II, Bl. 3. Vfg. StA Gawlik vom 23.02.1988.

616 StA Bonn, AZ 50 Js 285/85, Bd. II, Bl. 66. Vfg. StA Gawlik vom 25.02.1988.

617 PA-DBT, 0538 6.88. Anlage zum Protokoll des Rechtsausschusses Nr. 19 vom 02.03.1988: Schreiben des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen an den Bundesminister der Justiz vom 01.03.1988.

618 PA-DBT, 0538 6.88. Protokoll des Rechtsausschusses Nr. 19 vom 02.03.1988. S. 19/31.

619 Ebd. S. 19/32.

staatsanwaltschaftlichen Vernehmung entziehen könnte. Rechtsgrundlagen für ein solches Verfahren sind mir nicht bekannt.

Die Anhörung im Unterausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe war einerseits eine eindrückliche Darlegung des Falls CD, in der wichtige Kritiker_innen und Geschädigte der CD zu Wort kamen. Andererseits war sie jedoch eine vereinzelt und vor allem rechtlich und politisch folgenlose Veranstaltung. Auswirkungen hatte sie wie geschildert allein durch die Anwesenheit von Staatsanwalt Gawlik. Der Unterausschuss sowie der Rechtsausschuss des Bundestags werteten die Anhörung in den nachfolgenden Wochen aus und luden hierzu Vertreter_innen der Bundesregierung sowie der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ein.⁶²⁰ Dabei schlug der Ausschussvorsitzende Vogel vor, dass das AA und das LMJ NRW nach Ablauf einer bestimmten Zeit erneut zum Thema CD berichten sollten. Ob dies geschehen ist, ist mir nicht bekannt.

5.4.2 Entschließungsantrag 2002

Auf Initiative des Abgeordneten Lothar Mark (SPD) fasste der Bundestag 2002 erstmals einen Beschluss zum Thema Colonia Dignidad. Der Entschließungsantrag, dem sich die Regierungsfraktionen von SPD und Grünen sowie die Oppositionsfraktion der FDP anschlossen, trug den Titel »Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad«.⁶²¹ Er forderte die Bundesregierung u.a. auf:

»1. dem Fall Colonia Dignidad, wie angekündigt, eine höhere Priorität einzuräumen. Der aktuelle politische Wandel in Chile sollte für eine verstärkte Zusammenarbeit beider Länder auf Regierungsebene zur Aufklärung der Vergehen und unverzüglichen Hilfe für die Bewohner der Kolonie genutzt werden. Die Bundesregierung sollte den vergangenheitsbezogenen Aufarbeitungsprozess in der chilenischen Gesellschaft ausdrücklich begrüßen und ihn unterstützen; [...] 3. im engen Dialog mit der chilenischen Seite Möglichkeiten der personellen und technologischen Unterstützung bei der Aufklärung des CD-Komplexes zu eruieren. Gedacht werden könnte an die zeitlich befristete Entsendung von Experten des Bundeskriminalamtes zur Unterstützung der chilenischen Behörden und Justiz; 4. einen Fonds zur Finanzierung der notwendigen Hilfs- und Reintegrationsmaßnahmen einzurichten, aus dem ausreisewillige Koloniebewohner bei einer eventuellen Rückkehr nach Deutschland unterstützt und betreut werden können. Die Klärung der Eigentumsverhältnisse der CD sollte Entschädigungszahlungen aus diesem Vermögen – auch zu Existenzgründungen in Chile – erleichtern; 6. nach 12 Monaten über ihre Aktivitäten zu berichten.«

Am 16. Mai 2002 wurde der Antrag mit den Stimmen von SPD, Grüne, FDP und PDS angenommen – die CDU/CSU-Fraktion enthielt sich.⁶²² Allerdings wurden die meisten

620 PA-DBT 3127, 712 – UA 2 – 2451, Protokoll der 11. Sitzung des Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses vom 09.03.1988, 3. Auswertung der öffentlichen Anhörung zur Colonia Dignidad.

621 Deutscher Bundestag. Drucksache 14/7444 vom 13.11.2001. Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad.

622 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 14/236 vom 16.05.2002, S. 23615Dff.

der zitierten Maßnahmen nicht umgesetzt. Auch der geforderte Bericht der Bundesregierung erfolgte nicht. Allerdings diente der Beschluss zwischen 2009 und 2013 als Legitimation für die Bereitstellung von Bundesmitteln für »Projekte zur Förderung der Integration der Villa Baviera (soziale und wirtschaftliche Anbindung) in die Region und in die chilenische Gesellschaft«. ⁶²³

5.4.3 Entschließungsantrag 2017

Im Februar 2016 fand in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK) in Berlin ein Seminar zum Thema CD statt. Es fiel zeitlich zusammen mit dem Kinostart des Spielfilms »Colonia Dignidad – es gibt kein Zurück«. ⁶²⁴ Seit dieser Zeit nahm sich der Abgeordnete Klaus Barthel (SPD) des Themas CD in besonderem Maße an. Als Vorsitzender der Deutsch-Südamerikanischen Parlamentariergruppe des Bundestags organisierte er eine Reihe von Veranstaltungen für Bundestagsabgeordnete mit Anwält_innen, Menschenrechtsaktivist_innen sowie Vertreter_innen von CD-Opferverbänden. ⁶²⁵ An diesen Veranstaltungen nahmen erstmals auch Abgeordnete der Unionsfraktion teil. ⁶²⁶ Nach der Rede von Außenminister Steinmeier zur CD am 26. April 2016 brachte Barthel einen ersten Entwurf für einen Entschließungsantrag des Bundestags zum Fall CD in Umlauf. Als der damalige Bundespräsident Joachim Gauck im Juli 2016 auf Staatsbesuch in Chile war, war Barthel Teil der Reisedelegation.

Im November 2016 besuchte erstmals eine Delegation mit Mitgliedern aller Fraktionen des Bundestages die CD. ⁶²⁷ Die Delegation bestand aus sieben Mitgliedern des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz. ⁶²⁸ Sie fuhr zu Beginn ihres Besuchs in ein Waldstück auf dem CD-Gelände, der sogenannten Fosa-4, wo nach Stand der chilenischen Ermittlungen ein Massengrab bestand, in dem politische Gefangene nach

623 Bundeshaushalt Kapitel 0502, Titel 687-43. Vgl. z.B. Deutscher Bundestag. Drucksache 16-9900 vom 08.08.2008. Haushaltsgesetz 2009, S. 26. Die bereitgestellten Mittel betrugen etwa. 250.000 Euro pro Jahr. Sie wurden eingesetzt für psychosoziale Betreuung einiger Colonos und Bildungsprojekte; etwa 60 % der Mittel flossen über die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Maßnahmen zur Beratung und Förderung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Gesellschaften der ehemaligen CD.

624 Gallenberger, Florian [Regie]. »Colonia Dignidad – es gibt kein Zurück«, Spielfilm, 110 min, Kinostart in Deutschland am 18.02.2016.

625 Dazu gehörten u.a. ein Treffen der Parlamentariergruppe am 25.02.2016 mit 15 Vertreter_innen von Opfer- und Menschenrechtsorganisationen, die zuvor am erwähnten Seminar in der GHWK teilgenommen hatten sowie ein fraktionsoffenes Treffen des Gesprächskreises Lateinamerika der SPD-Fraktion mit einer Reihe von CD-Opfern sowie Menschenrechtsaktivist_innen am 16.02.2017 im Bundestag.

626 Besonderes Engagement zeigte hierbei Michael Brand, ehemaliger Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe (2013-2017) sowie Vorsitzender der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der Unionsfraktion.

627 Vgl. Amerikaz1, Nachrichten und Analysen aus Lateinamerika (Website) vom 04.11.2016: »Delegation des Bundestags besucht Colonia Dignidad in Chile«, online unter <https://amerika21.de/2016/1/163580/bundestag-colonia-dignidad>.

628 Die Delegation setzte sich zusammen aus der Ausschussvorsitzenden Renate Künast (Grüne) sowie den Ausschussmitgliedern Mathias Bartke (SPD), Christian Flisek (SPD), Stefan Harbarth (CDU), Jan-Marco Luczak (CDU) Harald Petzold (Linke) und Volker Ullrich (CSU).

ihrer Erschießung verscharrt wurden. Die Abgeordneten hielten dort gemeinsam mit Angehörigen von Verschwundenen eine Gedenkzeremonie ab. Anschließend machten sie einen Rundgang durch die CD und sprachen mit derzeitigen und ehemaligen Colonos. Vor ihrer Rückreise nach Santiago traf sich die Delegation mit Vertreter_innen der Angehörigen von Verschwundenen (AFDD) aus der Region. Diese Einbeziehung von Angehörigenorganisationen, die sich für chilenische Opfer der Diktatur einsetzen, war ebenfalls ein Novum. Das AA hatte sich bislang stets auf Kontakte zu Geschädigten mit deutscher Staatsangehörigkeit beschränkt. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland kündigte Künast an, dass die Delegation dem Bundestag Maßnahmen vorschlagen werde.⁶²⁹ Ursprünglich sollte es einen parteiübergreifenden Antrag mit Unterstützung aller Delegationsmitglieder geben.⁶³⁰ Das Vorhaben scheiterte jedoch, der Antrag »Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad und Hilfe für die Opfer«, den Künast am 30. März 2017 in den Bundestag einbrachte, wurde nur von 91 Abgeordneten der Grünen und der Linken getragen.⁶³¹ Die Regierungsfractionen aus CDU/CSU und SPD erarbeiteten einen eigenen Antrag, dem sich auch die Grünen anschlossen und der am 27. Juni ins Plenum eingebracht wurde.⁶³² Darin wurde die Bundesregierung u.a. aufgefordert:

- »2. eng mit dem chilenischen Staat bei der umfassenden Aufklärung der [...] Verbrechen zusammenzuarbeiten;
3. die ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um die strafrechtlichen Ermittlungen in Deutschland und in Chile voranzutreiben;
4. im Wege der deutsch-chilenischen Zusammenarbeit [...] die historische Aufarbeitung der Vergangenheit der CD voranzutreiben. [...]
5. den Prozess der Aufarbeitung der Vergangenheit im Rahmen einer Gedenkkultur [...] zu unterstützen. Die gemeinsame Errichtung einer nach wissenschaftlichen Kriterien gestalteten Begegnungs- und Gedenkstätte, die unter anderem die Menschenrechtsarbeit fördern soll, [...] bis zum 30.06.2018 zu prüfen. Das Wissen über die Entwicklung und Struktur der Sekte soll durch ein wissenschaftlich begleitetes oral history Projekt befördert werden;
6. bis zum 30.06.2018 dem Deutschen Bundestag ein Konzept für Hilfsleistungen zur Beratung vorzulegen und dessen Finanzierung zu prüfen. Die Einrichtung eines Hilfsfonds ist darin als eine Möglichkeit in Betracht zu ziehen. [...]
7. allen früheren Bewohnern der CD, die Opfer der Sekte wurden psychosoziale Betreuung zu gewährleisten und Unterstützung bei der Klärung ihrer rechtlichen, sozialen

629 Süddeutsche Zeitung vom 07.11.2016, S. 6, »Traumatisiert sind alle«.

630 Knobbe, Martin/Christoph Schult, »Terrorsekte Colonia Dignidad: Bundestagsabgeordnete fordern »rückhaltlose Aufklärung««, in: Spiegel Online vom 31.03.2017, online unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/colonia-dignidad-abgeordnete-fordern-rueckhaltlose-aufklaerung-a-1141426.html>.

631 Deutscher Bundestag. Drucksache 18/11805 vom 30.03.2017. Antrag einzelner Abgeordneter der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und LINKE. Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad und Hilfe für die Opfer.

632 Deutscher Bundestag. Drucksache 18/12943 vom 27.06.2017. Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad.

und wirtschaftlichen Situation zukommen zu lassen. Hierfür sollen Anlaufstellen in Deutschland und an der Botschaft in Santiago de Chile eingerichtet werden.

8. die Klärung der Besitzverhältnisse der CD/Villa Baviera voranzutreiben, auch mit dem Ziel, dass Mittel aus dem Vermögen konkret den Opfern zugutekommen.«⁶³³

Der Inhalt der Anträge von Künast und den Regierungsfractionen war ähnlich. Letztlich bestand die Regierungskoalition auf dem eigenen Antrag, wohl auch um zu verhindern, dass ein von der Opposition und insbesondere von der Linken miteingebrachter Antrag verabschiedet würde. Nur zwei Tage später wurde der Antrag der Regierungskoalition nach einer Debatte im Plenum einstimmig angenommen.⁶³⁴ Es war das erste Mal, dass über Parteigrenzen hinweg eine gemeinsame Haltung zum Fall CD vorgebracht wurde.

Im Juli 2017 unterzeichnete die Bundesregierung eine Absprache mit der chilenischen Regierung über die Einsetzung einer Gemischten Kommission auf Regierungsebene.⁶³⁵ Folgende Ziele für die Zusammenarbeit wurden vereinbart: Die Errichtung eines Gedenkortes sowie eines Dokumentationszentrums; die Feststellung, Sicherung und Auswertung von Spuren und Dokumenten von auf dem CD-Gelände begangenen Verbrechen sowie eine Überprüfung der Vermögenswerte der CD und der aus ihr hervorgegangenen Gesellschaften.⁶³⁶ Die Gemischte Kommission beauftragte die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ), eine Machbarkeitsstudie zur Untersuchung des CD-Vermögens anzufertigen. Diese legte die GIZ in der ersten Jahreshälfte 2018 vor.⁶³⁷ Die ABC-Gesellschaften hatten eine Verschwiegenheitserklärung zur Bedingung für Einblick in ihre Bücher gemacht, worauf die GIZ einging. Im Juni 2018 lud Niels Annen, Staatsminister im AA, Bundestagsabgeordnete zu einem Gespräch über die Studie ein. Auch sie mussten eine Verschwiegenheitsverpflichtung unterzeichnen, bevor sie über den Inhalt der Studie informiert wurden. Sie durften diese nur in der Geheimschutzstelle des Bundestages einsehen. Weiteres ist mir über die Studie nicht bekannt.

Am 29. Juni 2018 unterrichtete die Bundesregierung den Bundestag über ihre Maßnahmen infolge des Entschließungsantrags von 2017. Sie präsentierte ihren Entwurf eines Hilfskonzeptes für die Opfer der CD.⁶³⁸ Dieser sah die Finanzierung sogenannter Unterstützungsmaßnahmen vor, die den Opfern indirekt zugutekommen sollte. Individuelle Hilfen, insbesondere Geldzahlungen an Einzelpersonen waren hingegen nicht vorgesehen. Der Entwurf löste bei Opfern sowie bei einigen Abgeordneten Entrüstung

633 Ebd., S. 3f.

634 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 18/243 vom 29.06.2017, S. 25042Dff.

635 PJS, Sammlung AA. Absprache zwischen der Regierung der Republik Chile und der Bundesrepublik Deutschland über die Einsetzung einer chilenisch-deutschen Gemischten Kommission zur Aufarbeitung der »Colonia Dignidad« und Integration der Opfer in die Gesellschaft vom 12.07.2017.

636 Ebd.

637 Deutscher Bundestag. Drucksache 19/3380 vom 11.07.2018. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Heike Hänsel, Andrej Hunko und der Fraktion die LINKE – Drucksache 19/2955 – Stand der Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad, S. 4.

638 Deutscher Bundestag. Drucksache 19/3233 vom 29.06.2018. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Entwurf der Bundesregierung für ein Hilfskonzept für die Opfer der Colonia Dignidad.

aus.⁶³⁹ Am 10. Oktober 2018 konstituierte sich die »Gemeinsame Kommission zur Umsetzung des Hilfskonzepts für die Opfer der Colonia Dignidad«, bestehend aus Vertreter_innen von Bundestag und Bundesregierung.⁶⁴⁰ Im Mai 2019 stellte die Kommission ihr Hilfskonzept für die Opfer der CD vor.⁶⁴¹ Dieses sah nun doch individuelle Einmalzahlungen in Höhe von bis zu 10.000 Euro vor. Daneben soll ein »Fonds Pflege und Alter« eingerichtet werden. Das Konzept betont, dass es sich um freiwillige Hilfen und nicht etwa um rechtlich bindende Entschädigungen handelt: »Unterstützungsmaßnahmen für die Opfer der ›Colonia Dignidad‹ erfolgen ausschließlich aus moralischer Verantwortung und ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.«⁶⁴² Zudem sind chilenische Opfer der im Kontext der Diktatur begangenen CD-Verbrechen von den Hilfszahlungen kategorisch ausgeschlossen:

»Empfänger sind die deutschen Bewohner der ›Colonia Dignidad‹ und die chilenischen Staatsangehörigen, die als Kinder in der ›Colonia Dignidad‹ lebten (z.B. zwangsweise adoptiert), soweit sie seinerzeit dort ihren tatsächlichen Lebensmittelpunkt hatten, ohne dem Täterkreis zugerechnet zu werden.«⁶⁴³

Zur Umsetzung des Hilfskonzepts wurde die Internationale Organisation für Migration (IOM) beauftragt. Die Gemeinsame Kommission bewilligte im März 2020 erste Anträge auf Hilfen.

5.4.4 Weitere Aktivitäten des Bundestages

Tabelle 15 listet sämtliche Aktivitäten des Bundestages im Zusammenhang mit der CD auf. Neben den behandelten Anträgen umfasst dies 14 Kleine Anfragen (1988-2021), 26 schriftliche oder mündliche Fragen (1977-2019) sowie zwei Eingaben an den Petitionsausschuss.

639 Süddeutsche Zeitung vom 03.07.2018, S. 5. »Kein Geld für Colonia-Opfer«.

640 Der Bundestag benannte als Vertreter_innen für die Kommission die Abgeordneten Volker Ullrich (CSU), Michael Brand (CDU), Matthias Bartke (SPD), Karl-Heinz Brunner (SPD), Konstantin Kuhle (FDP), Friedrich Straetmanns (LINKE), Renate Künast (Grüne) und Waldemar Herdt (AFD). Vgl. Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 19/46 vom 05.07.2018, S. 4795Af. Die Vertreter_innen der Bundesregierung in der Gemeinsamen Kommission stammen aus AA, BMF, BMG, BMAS, BMFSJ und Bundeskanzleramt. Federführend ist seitens der Bundesregierung das AA, die Lateinamerika-beauftragte des AA leitet in der Regel die Sitzungen der Gemeinsamen Kommission.

641 Deutscher Bundestag. Drucksache 19/10410 vom 21.05.2019. Unterrichtung durch die Bundesregierung, Hilfskonzept für die Opfer der Colonia Dignidad der Gemeinsamen Kommission von Deutschem Bundestag und Bundesregierung.

642 Ebd., S. 2.

643 Ebd., S. 4.

Tabelle 15: Aktivitäten des Deutschen Bundestages mit Bezug zur Colonia Dignidad

Datum	Dokumentennr.	Titel/Inhalt	Beteiligte
BUNDESTAGSBESCHLÜSSE			
29.09.2001 15.11.2001 16.05.2002	DS 14/7444 (Antrag) PP 14/201 (Debatte) PP 14/236, S. 236f.5Dff. (Abstimmung)	Hilfe für die Opfer der Colonia Dignidad	Lothar Mark (SPD), Fraktionen von SPD, Grünen und FDP
30.03.2017 29.06.2017	DS 18/1805 (Antrag) PP 18/243, S. 2504zDff. (Abstimmung)	Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad und Hilfe für die Opfer	Renate Künast (Grüne), Harald Petzold (Linke), 89 weitere MdBs von Grünen und LINKE
27.06.2017 29.06.2017	DS 18/12943 (Antrag) PP 18/243, S. 2504zDff. (Abstimmung)	Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad	Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grüne
KLEINE ANFRAGEN			
01.12.1987 09.06.1988 24.01.1989 29.03.1989	DS 11/1409 (Frage) DS 11/2449 (Antwort) DS 11/3903 (Frage) DS 11/4285 (Antwort)	Beziehungen der Bundesregierung und von Politikern der BRD zur Colonia Dignidad, Chile Hintergründe der Existenz und der Beziehungen der Colonia Dignidad in Chile	Volmer/Fraktion Grüne, AA Olms, Volmer/Fraktion Grüne AA
23.10.1990 13.03.1991 15.04.1991	DS 11/8289 (Frage) DS 12/252 (Frage) DS 12/363 (Antwort)	Bemühungen um die Aufklärung der in der Colonia Dignidad, Chile, begangenen Menschenrechtsverbrechen und die Auflösung der Colonia Dignidad	Volmer/Fraktion Grüne, Poppe/Gruppe Grüne, AA
14.03.1994 09.05.1994	DS 12/7111 (Frage) DS 12/7501 (Antwort)	Colonia Dignidad in Chile	Jelpke/Gruppe PDS, AA
29.06.1997 17.07.1997	DS 13/826 (Frage) DS 13/8252 (Antwort)	Haltung der Bundesregierung zu den Opfern der Colonia Dignidad	Wolf, Jelpke/Gruppe PDS, AA
06.11.2001 13.12.2001	DS 14/7549 (Frage) DS 14/7867 (Antwort)	Erkenntnisse der Bundesregierung über die »Colonia Dignidad«, Chile	Jelpke/Fraktion PDS, AA
01.07.2002 19.07.2002	DS 14/9667 (Frage) DS 14/9818 (Antwort)	Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Colonia Dignidad	Jelpke/Fraktion PDS, AA
01.07.2011 04.10.2011	DS 17/6401 (Frage) DS 17/7280 (Antwort)	Colonia Dignidad	Korte/Fraktion Linke, AA
13.03.2013 04.04.2013	DS 17/12776 (Frage) DS 17/12980 (Antwort)	Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad	Strobel/Fraktion Grüne, AA
24.06.2016 21.07.2016	DS 18/8967 (Frage) DS 18/9261 (Antwort)	Aktueller Stand und Pläne der Bundesregierung zur Aufarbeitung der Verbrechen der deutschen Sektensiedlung Colonia Dignidad in Chile	Korte/Fraktion Linke, AA
21.12.2016 07.02.2017	DS 18/10799 (Frage) DS 18/11114 (Antwort)	Beziehungen des Auswärtigen Amts und ihrer Vertretung in Santiago de Chile zur Colonia Dignidad und ihrer Nachfolgeorganisation Villa Baviera	Korte/Fraktion Linke, AA
20.12.2017 23.01.2018	DS 19/319 (Frage) DS 19/513 (Antwort)	Aktueller Stand der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Colonia Dignidad	Korte/Fraktion Linke, AA

25.06.2018	DS 19/2955 (Frage)	Stand der Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad	Korte/Fraktion Linke, AA
11.07.2018	DS 19/3380 (Antwort)		
01.04.2021	DS 19/28200 (Frage)	Aktueller Stand bei der Umsetzung des Bundestagsbeschlusses zur Colonia Dignidad	Korte/Fraktion Linke, AA
06.05.2021	DS 19/29463 (Antwort)		
SCHRIFTLICHE ODER MÜNDLICHE FRAGEN			
18.03.1977	DS 8/206, S. 24 (Fragen)	»Wie beurteilt die BRG die im Stern Nr. 13 vom 17.03.1977 geschilderten Vorgänge in der CD und das Verhalten der deutschen Botschaft?«	Frage: Hansen (SPD), Antwort: StM von Dohmany (AA)
24.03.1977	PP 08/21, S. 1387Af.		
15.04.1977	DS 8/285, S. 23 (Fragen)	Beurteilung von Strätlings Besuch in der CD; Untersuchung der Vorwürfe gegen die CD	Frage: Hansen (SPD), Antwort: StS Hamm-Brücher (AA)
21.04.1977	PP 08/23, S. 1604Df.		
15.04.1977	DS 8/285, S. 23 (Fragen),	Berichte des Stern zu Freiheitsberaubungen in der CD; Reisen von Botschaftsangehörige in die CD wegen Passverlängerungen	Frage: Schlaga (SPD), Antwort: StM Hamm-Brücher (AA)
21.04.1977	PP 08/23, S. 1604Df.		
29.04.1977	DS 8/328, S. 22 (Fragen)	Unterschiedliche Erkenntnisse AA-Botschaft, Luftaufnahmen, wurden Vertreter der CD gehört?	Frage: Dr. Möller (CDU/CSU) Zusatzfrage: Hansen (SPD), Antwort: BM Genscher (AA)
05.05.1977	PP 08/25, S. 1718Df.	Hält ein dt. Sektentheil Jugendliche in einem »Geheim-Lager« gefangen und wie sind diese nach Südamerika gelangt	Frage: Dr. Meinecke (SPD), Antwort: StM Hamm-Brücher (AA)
26.06.1977	DS 8/2009, S. 2	Erkenntnisse über Freiheitsberaubungen an Deutschen in der CD; sexuelle Misshandlung und Folter (Stern vom 26.11.1987)	Frage: Dr. Schöfberger (SPD), Antwort: StM Schäfer (AA)
18.12.1987	DS 11/1558, S. 1	Vier Fragen zu Renovierungen in Botschafterresidenz	Frage: Waltemathe (SPD), Antwort: StM Schäfer (AA)
01.02.1988	DS 11/1825, S. 1	Wurden Reisen Vogelsangs in die CD für die Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des BMZ finanziert?	Frage: Volmer (Grüne), Antwort: StS Lengle (BMZ)
03.02.1988	DS 11/1825, S. 43		
04.03.1988	DS 11/1937, S. 3	Saß Strätling in derselben Maschine wie Kullack im November 1987 bei Rückruf zu Berichterstattung bei Genscher?	Frage: Waltemathe (SPD), Antwort: StM Schäfer (AA)
10.03.1988	PP 11/67, S. 4621C		
13.01.1989	DS 11/3834, S. 1f.	Frage nach Übersiedlungsplänen der CD nach Südafrika	Frage: Volmer (Grüne), Antwort: StS Sudhoff (AA)
16.06.1989	DS 11/4813, S. 1f.	Kenntnisse der BRG über DINA-Agent Guy Neckelmann, der im CD Haus in Parral arbeitet und Anfang der 70er an einer militärischen Ausbildung in der BRD teilgenommen hat. Er ist zudem deutscher Staatsbürger	Frage: Volmer (Grüne), Antwort: StM Schäfer (AA)
		Zwei Fragen zu Freiheitsberaubungen von Deutschen in der CD	Frage: Herkenrath (CDU), Antwort: StM Schäfer (AA)
14.06.1991	DS 12/767, S. 5	Zwei Fragen zu Ermittlungsverfahren gegen Schäfer/CD	Frage: Büttner (SPD), Antwort: StM Seiler-Albring (AA)
07.10.1994	DS 12/8663, S. 2		
10.11.1995	DS 13/2980, S. 25	Zwei Fragen zu Rentenzahlungen der BfA an Mitglieder der CD	Frage: Duve (SPD), Antwort: StS Rudolf Kraus (BMA5)
		Organisation, Lehre und Praxis der »Colonia Dignidad« (jetzt: »Villa Baviera«) in Chile; Unterstützung von deutscher und chilenischer Seite in den vergangenen Jahren; physischer und psychischer Missbrauch deutscher und chilenischer Staatsangehöriger durch diese Organisation	Frage: Rennebach (SPD), Antwort: StM Schäfer (AA)
13.06.1997	DS 13/7961, S. 4	»Verschwinden des US-Bürgers russisch-jüdischer Abstammung, B. W., während seiner Chilereise 1984/85« [Boris Weisfeiler]	
31.07.1998	DS 13/11315, S. 2	Ermordete Deutsche in Chile, insbesondere in der CD	Frage: Schmitt (Grüne), Antwort: StS Dr. Peter Hartmann (AA)
13.11.1998	DS 14/35, S. 6	Höhe der Unterstützung aus dem Etat des Auswärtigen Amtes für die Villa Baviera in Chile seit ihrer Namensänderung	Frage: Wolf (PDS), Antwort: StM Volmer (AA)
29.07.2016	DS 18/9929, S. 13		Frage: Hänsel (Linke), Antwort: StS Stephan Steinlein (AA)

29.07.2016	DS 18/9929, S. 17	Kenntrnnahme der deutschen Botschaft in Chile von der Verurteilung von Reinhard Zeitner wegen Kindesmissbrauch in der Colonia Dignidad	Frage: Korte (Die Linke), Antwort: StS Stephan Steinlein (AA)
29.07.2016	DS 18/9929, S. 17	Treffen zwischen dem deutschen Botschaftsrat Jens Peter Lütkenherm und Reinhard Zeitner, Hans Jörg Schreiber Nill sowie Wolfgang Herrmann Müller Altervogt in der Villa Baviera in Chile	Frage: Korte (Die Linke), Antwort: StS Stephan Steinlein (AA)
29.07.2016	DS 18/9929, S. 18	Vertrag des Immobilienunternehmens Neidenburg mit den Bewohnern der Villa Baviera in Chile	Frage: Korte (Die Linke), Antwort: StS Stephan Steinlein (AA)
16.09.2016	DS 18/9641, S. 13	Einladung des wegen Kindesentführung und Kindesmissbrauchs verurteilten ehemaligen Colonia-Dignidad-Bewohners Reinhard Zeitner sowie von Hans Schreiber zum Botschafts-empfang mit dem Bundespräsidenten am 13. Juli 2016	Frage: Ströbele (Grüne), Antwort: StS Dr. Markus Ederer (AA)
07.10.2016	DS 18/9927, S. 1	Kenntrnisse über eine mögliche Zusammenarbeit ehemaliger Bewohner der Colonia Dignidad (Hartmut Hopp und Reinhard Zeitner) mit dem BND bzw. dem Bundeskanzleramt	Frage: Ströbele (Grüne), Antwort: StS Klaus-Dieter Fritsche (Bundeskanzleramt)
10.03.2017	DS 18/11470, S. 7	Was hat das AA konkret seit den Ankündigungen des Bundesministers Steinmeier, in seiner Rede am 26. April 2016 für die in Deutschland lebenden Opfer der »Colonia Dignidad« getan?	Frage: Brand (CDU), Antwort: StM Dr. Maria Böhmer (AA)
28.09.2018	DS 19/4634, S. 20	Wird die Bundesregierung die Aufarbeitung der CD im Rahmen des Staatsbesuchs von Präsident Piñera ansprechen?	Frage: Korte (Linke), Antwort: StS Andreas Michaelis (AA)
29.11.2019	DS 19/15583, S. 34	Boden- und DNA-Proben aus den Massengräbern auf dem Gelände der ehemaligen Sekte »Colonia Dignidad	Frage: Korte (Linke), Antwort: StM Niels Annen (AA)
PETITIONSAUSSCHUSS			
19.11.1966	PA AA, B 85, Bd. 540	»Das deutsche Ansehen im Ausland gefährdet«	Schreiben von Ing. Alfred Guhl an den Petitionsausschuss
06.06.1991	DS 12/683, S. 14	Jugend der Villa Baviera wirft AA und Botschaft Diskriminierung und Verleumdung vor und fordert weitere Pressionen gegenüber der chil. Regierung mit dem Ziel, die Vorwürfe gegen CD gerichtlich untersuchen zu lassen, einzustellen	Bericht des Petitionsausschusses
ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG IM UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS FÜR MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE HILFE			
22.02.1988	PA-DBT 3127, 712 – UA 2 – 2451; Protokoll der 10. Sitzung des Unterausschusses	»Befinden sich deutsche Staatsangehörige unfreiwillig und unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen in der Colonia Dignidad in Chile?«	

Nach Hartmut Hopps Flucht in die Bundesrepublik 2011 stellte die Linkspartei auch eine Reihe von Kleinen Anfragen im Landtag von Nordrhein-Westfalen.⁶⁴⁴ Sie zielten auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Krefeld (vgl. Abschnitt 5.3.8) und der StA Bonn (vgl. Abschnitte 5.3.3 bis 5.3.7).

Der Bundestag war regelmäßig mit dem Fall CD befasst. Dies blieb jedoch lange Zeit weitgehend folgenlos für die politische und juristische Aufklärung. Die in Tabelle 15 aufgeführten Fragen und Kleinen Anfragen beantwortete die Bundesregierung meist wortkarg, oftmals unter Verweis auf anhängige Justizverfahren und auf die Verantwortung chilenischer Stellen. So hieß es noch im April 2016, zwei Wochen vor der Rede von Außenminister Steinmeier zur Colonia Dignidad: »Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass der Schutz der Menschenrechte auf chilenischem Territorium vorrangig den dort zuständigen Stellen obliegt.«⁶⁴⁵

Auch wenn die Bundesregierung in der Regel antwortete, über keinerlei Erkenntnisse zu bestimmten Vorgängen zu verfügen, konnten durch die Fragen doch mitunter einzelne Sachverhalte bestätigt werden, die Menschenrechtsaktivist_innen oder Journalist_innen zuvor recherchiert hatten. So bestätigte die Bundesregierung beispielsweise 1988 auf eine Kleine Anfrage, dass das Bundesvermögensamt 1961 »im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung Immobilien in Lohmar-Heide bei Siegburg von Paul Schäfer erworben«⁶⁴⁶ hatte. In der Antwort auf eine Frage des Abgeordneten Waltemathe (SPD) zur Renovierung der Botschaftsresidenz in Santiago während der Amtszeit von Botschafter Strätling (1976-1979) musste das AA einräumen, dass daran Handwerker der CD beteiligt waren. Das Amt rechtfertigte dies damit, dass die Handwerker »alle deutsche Befähigungsnachweise besitzen und für ihre Qualitätsarbeit bekannt

644 Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 15/2782 vom 18.09.2011. Kleine Anfrage 1110, Conrads, Anna LINKE. Ermittlungen der NRW-Justiz zur Colonia Dignidad (Teil 1); Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 15/2783 vom 18.09.2011. Kleine Anfrage 1111, Conrads, Anna LINKE. Ermittlungen der NRW-Justiz zur Colonia Dignidad (Teil 2); Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 15/2784 vom 18.09.2011. Kleine Anfrage 1112, Conrads, Anna LINKE. Ermittlungen der NRW-Justiz zur Colonia Dignidad (Teil 3); Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 15/2785 vom 18.09.2011. Kleine Anfrage 1113, Conrads, Anna LINKE. Vermögensverhältnisse des früheren Vize-Chefs der Colonia Dignidad; Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 15/2786 vom 18.09.2011. Kleine Anfrage 1114, Conrads, Anna LINKE. Illegale Finanzströme und Geldwäsche bei Vereinigungen rund um die Colonia Dignidad sowie Landtag Nordrhein-Westfalen. Drucksache 15/2787 vom 18.09.2011. Kleine Anfrage 1115, Conrads, Anna LINKE. Approbation des früheren Vize-Chefs der Colonia Dignidad Hartmut H.

645 Deutscher Bundestag. Drucksache 18/8127 vom 15.04.2016. Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 11. April 2016 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, S. 12. 2013 hatte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage ähnlich geantwortet: »Der Schutz der Menschenrechte auf chilenischem Territorium obliegt den dort zuständigen Stellen. Eine Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die in der Colonia Dignidad begangenen Straftaten besteht nicht.« Deutscher Bundestag. Drucksache 17/12980 vom 04.04.2013. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Tom Koenigs, Ingrid Hönlinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/12776 – Aufarbeitung der Verbrechen in der Colonia Dignidad, S. 3.

646 Deutscher Bundestag. Drucksache 11/2449 vom 09.06.1988. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der DIE GRÜNEN – Drucksache 11/1409 – Beziehungen der Bundesregierung und von Politikern der Bundesrepublik Deutschland zur Colonia Dignidad, Chile, S. 2.

sind.«.⁶⁴⁷ Diese Antwort war pikant, da der Bundesregierung zum damaligen Zeitpunkt bekannt war, dass die CD sehr versiert bei der Installation verdeckter Mikrofone und Abhöranlagen war.

Bereits einen Tag nach dem Erscheinen der Zeitschrift Stern am 17.03.1977 fragte der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Hansen: »Wie beurteilt die Bundesregierung die im Stern Nr. 13 vom 17. März 1977 geschilderten Vorgänge in der »Colonia Dignidad« in Chile und das Verhalten der deutschen Botschaft?«. ⁶⁴⁸ Staatsminister von Dohnanyi antwortete in der Bundestagssitzung am 24. März:

»Die Bundesregierung bittet um Verständnis dafür, dass auf diese Frage heute keine endgültige Antwort erteilt werden kann. Die Bundesregierung hatte Hinweise über gewisse Zustände und hatte deswegen den Botschafter gebeten, sich um Aufklärung zu bemühen. Die erneut – wie es scheint – nicht unbegründet gegen die »Colonia Dignidad« in Chile erhobenen Vorwürfe sind jedoch so schwerwiegend, dass eine eingehende Untersuchung unbedingt erforderlich ist. Bei der Kürze der zu Verfügung stehenden Zeit konnte eine abschließende Stellungnahme nicht vorgelegt werden. Die erneut eingeleitete Prüfung wird aber intensiv fortgeführt. Über das Ergebnis wird die Bundesregierung so bald wie möglich berichten.«⁶⁴⁹

Ein Jahr später antwortete Staatsministerin Hamm-Brücher jedoch auf die Frage des Abgeordneten Meinecke, ob in der CD Jugendliche von einem Sektenchef festgehalten würden:

»Die Bundesregierung verfügt über keine Erkenntnisse, daß [...] »ein deutscher Sektenchef Jugendliche in Geheimlagern in Chile gefangen hält«. Auch haben sich Gerüchte nicht bestätigt, daß Jugendliche gegen ihren Willen in der »Colonia Dignidad« festgehalten werden. [...] Unsere Botschaft in Santiago hat sich wiederholt mit ähnlichen Vorwürfen befaßt. Ihre Ermittlungen haben keinen Beweis für die Richtigkeit der Beschuldigungen erbringen können.«⁶⁵⁰

Zum Teil klangen die Antworten der Bundesregierung auch recht hilflos, wie etwa in diesem Fall von 1994:

»Im übrigen betont die Bundesregierung erneut, daß sie seit Jahren nichts unterläßt, um die schweren, auch strafrechtlichen Vorwürfe vor allem gegen die Führung der Colonia Dignidad aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Die Bundesregierung ist ebenso konsequent bemüht, das Recht der CD-Angehörigen auf Freizügigkeit und menschenwürdige Lebensumstände durchzusetzen. Sie hat bisher

647 Deutscher Bundestag. Drucksache 11/1825 vom 05.02.1988. Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 1. Februar 1988 eingegangenen Antworten der Bundesregierung, S. 2.

648 Deutscher Bundestag. Drucksache 8/206 vom 18.03.1977. Fragen für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 23. März 1977 am Donnerstag, dem 24. März 1977, S. 24.

649 Deutscher Bundestag. Plenarprotokoll 8/21 vom 24.03.1977, S. 1387Af.

650 Deutscher Bundestag. Drucksache 8/2009 vom 26.06.1977. Fragen für den Monat Juli 1978 mit den dazu erteilten Antworten, Teil III, S. 2.

wie die chilenische Regierung und andere ausländische Regierungen in ähnlichen Fällen ihr Ziel noch nicht erreicht. Sie wird ihre Bemühungen beharrlich fortsetzen.«⁶⁵¹

651 Deutscher Bundestag. Drucksache 12/7501 vom 09.05.1994. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste – Drucksache 12/7111 – Colonia Dignidad in Chile, S. 2.

